

1998

Friedrich-Martin Balzer

Meine unterwanderten Jahre - Satirische Bemerkungen*

Difficile est, satiram non scribere. (Juvenal)

Es traf mich fast wie ein Blitz, als am 7. April 1998 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein ganzseitiger Aufsatz erschien, in dem ein ehemaliger „68er“, Wolfgang Kraushaar, schon nach nur oberflächlicher Einsicht in die Akten des MfS zu dem Schluß kam, daß die Studentenbewegung von Anfang an von der anderen Seite, d.h. von den Kommunisten in der DDR, ihren Geheimdiensten und Vorfeldorganisationen unterwandert worden wäre

Angesichts dieses krausen und haarsträubenden Machwerks ist es nicht nur schwierig, sondern geradezu unmöglich, anders als satirisch mit diesen Umdeutungen umzugehen.

Es fiel mir wie Schuppen von den Augen, als ich mich hinsetzte und Texte aus den letzten 40 Jahren zusammenstellte: offenbar haben mein ganzes Leben lang Kommunisten nur darauf gewartet, mich zu unterwandern. Hatte ich naiverweise geglaubt, so ein Lern- und Entwicklungsprozeß beruhe auf Überzeugungen, die allmählich durch Erfahrungen und selbst gewonnene Erkenntnisse heranreifen, so stellte sich bei der Durchsicht der Texte heraus, daß ich das instrumentalisierte Opfer einer langen Belagerung durch Kommunisten gewesen bin, das gar nicht gemerkt hat, wie es durch Instruktionen und Direktiven an der mehr oder weniger langen Leine geführt wurde im Interesse jener finsternen Macht, der nun endlich auch ein Schwarzbuch gewidmet wurde.

Wenn ich es recht bedenke, hatten die ersten Versuche schon bei meinen Eltern begonnen. Meine Eltern studierten in Marburg u.a. bei Professor Georg Wünsch, der sich zwar als religiöser Sozialist ausgab und Sozialethik lehrte, in Wirklichkeit aber, wie die Nazis 1933 herausfanden, Mitglied der Gesellschaft zum Studium sowjetrussischer Probleme war. In der DDR hieß das dann we-

*-Mit diesen einleitenden Bemerkungen stellte ich auf einer Veranstaltung der PDS-Marburg-Biedenkopf am 10. September 1998 das Buch "Es wechseln die Zeiten...", Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958-1998), Bonn 1998, 1. Auflage, vor. Der vorliegende Text stellt die erweiterte und überarbeitete Fassung des Aufsatzes dar, der in den „Weißenseer Blättern“ 5/1998, S. 65 - 70 abgedruckt wurde.

niger getarnt gleich DSF, Deutsch-Sowjetische Freundschafts-Gesellschaft. Im Seminar von Wünsch müssen meine Eltern wohl auch früh angehalten worden sein, das Kommunistische Manifest zu lesen. Wie die sorgfältigen Unterstreichungen und Randnotizen des erhalten gebliebenen Exemplars belegen, haben meine Eltern davon jedenfalls rege Gebrauch gemacht. Als mein Vater dann zusammen mit Walter Kreck, der noch heute als 90jähriger die UZ liest und sich entsprechend betätigt, zusammen die Ausbildung als Vikar in Limburg absolvierte, hatten sie es beide mit veritablen Kommunisten in der Kirchengemeinde zu tun. Mein Vater hatte also bereits Erfahrungen gesammelt, als sich nach 1933 jene Kommunisten, die vorher aus der Kirche ausgetreten waren, nun die rote Karte der Bekennenden Kirche erwarben und sich ausgerechnet an Pfarrer heranmachten, um ihre Politik unter den Bedingungen der Illegalität unters Volk zu bringen. Wie sie das Vertrauen meines Vaters als Seelsorger gewannen? Ganz einfach: Sie gingen ins KZ und wenn, wenn sie entlassen wurden, kamen sie zu meinem Vater und zogen sich vor ihm nackt aus, um ihm durch Zeigen der Spuren ihrer Folterungen sein Mitleid zu erregen und sein Vertrauen zu erschleichen.

Das setzte sich auch nach 1945 fort, als die Wagenburg der Bekennenden Kirche zerfiel und die Nacht der langen Messer begann, alte Rechnungen beglichen wurden und der Kampf um Prestige und Ämter unvorstellbare Tiefen erreichte. Auch hier setzten die Kommunisten auf meinen Vater, als sie sich weigerten, sich an dem bösen Spiel der Verleumdung und üblen Nachrede in der örtlichen "Volksbühne" zu beteiligen. Daß mein Vater dann Mitbegründer der CDU in meiner Heimatstadt Iserlohn wurde, nahmen sie ihm nicht weiter übel. Im Gegenteil. Als nützlicher Idiot sollte er in die CDU gehen und jene Kräfte in der nordrhein-westfälischen CDU stärken, die bereit waren, zwar nicht dem Kapitalismus, wohl aber der "unumschränkten Herrschaft" des Kapitalismus - wie im Ahlener Programm von 1947 formuliert - Adé zu sagen. Darauf, wie weit die Unterwanderung der CDU durch kommunistische Einflußnahme ging, komme ich am Ende noch zurück, wenn ich auf den Brief von Gregor Gysi an den ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu sprechen komme.

Nachdem meine Eltern Gefallen an der Ost-Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze gefunden hatten, war es kein Wunder, daß ich mich als Student im 1. Semester mit den Landsmannschaften und ihren Forderungen nach der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 öffentlich auseinandersetzte. Ich wußte zwar, daß dies auch der Politik der DDR unter Walter Ulbricht entsprach, die schon 1950 als wirkliche Nachbarn Polens die Unver-

letzlichkeit der Oder-Neiße Grenze vertraglich festgelegt hatten, setzte mich aber nach außen noch von dem "propagandistischen Gebrüll" eines Walter Ulbricht ab. Tatsächlich aber war die Einflußnahme durch Kommunisten auf dem Ostermarsch, an dem ich 1960 bereits teilnahm, so groß, daß ich die Partei "Die Freunde Ulbrichts", wie sie von den weitsichtigeren Schützern unserer Verfassung schon damals genannt wurde, gemeint ist die "Deutsche Friedens Union", bereits durch Aufstellen von Wahlplakaten im Bundestagswahlkampf 1961 mit Portraits von Albert Schweitzer und Renate Riemeck unterstützte.

1969 wurde die Vorfeldorganisation der DKP, die "Aktion Demokratischer Fortschritt" [ADF] u.a. von dem ebenfalls Unterwanderten Marburger Hochschullehrer Werner Hofmann ins Leben gerufen. Mit meinem Leukoplastbomber war ich im Bundestagswahlkampf 1969 unterwegs, um wild für die Kommunisten zu plakatieren, die glaubten, auf der Welle der Studentenbewegung, die sie, laut Krauskopf selbst erzeugt hatten - soziale, historische und politische Ursachen, eigenständige Motive, eigenständige kritische Analyse der bundesdeutschen Realität und eigenständiges politisches Handeln existierten ja nicht - in den Bundestag schwimmen zu können.

Die Studentenbewegung selbst war, wie mein Beispiel zeigt, von Anfang an unterwandert von Kommunisten und ihren Hintermännern. Daß sich auch wackere Schützer unserer Verfassung unter die westdeutsche Linke mischte, um Schlimmstes zu verhüten, sei ihnen noch heute gedankt. Aber was sollten sie anderes machen, wenn die Kommunisten sich 1961 eines so nützlichen Idioten wie Klaus Horn bedienten, der als Mitglied des Liberalen Studentebundes ausgerechnet den sogenannten Volkskammerpräsidenten der sogenannten DDR, Johannes Dieckmann - unter der noch von der DDR ausgegebenen Parole "Deutsche an einen Tisch" - nach Marburg einlud. In dem Marbacher Kurhäuschen, das später die Disko "Old Daddy" war, wurde also das trojanische Pferd nach Marburg eingeschleust - unter heftigem Protest aller damaligen staatstragenden Parteien und ihrer Mitglieder.

Was ich noch gar nicht offenbart habe: Ich war damals zwar schon infiziert vom Geist der Unterwanderer, schmückte mich aus Familientradition (Vater, Bruder, Schwager) aber noch mit Band und Mütze, war also Mitglied einer farben-tragenden studentischen Verbindung. Nach der Lektüre von Kraushaar glaube ich fest daran, auch dies war Tarnung.

Also saß ich als Korporierter mitten unter den Zuhörern, während draußen das fast einig Volk skandierte "Dieckmann raus, hängt ihn auf!" Es bedurfte keiner schriftlichen Instruktionen und Direktiven, um dabei sein zu wollen

und aus falsch verstandener Sympathie mit dem mit Steinen beworfenen Repräsentanten der DDR im Jahre 1961 auf den Weg des fellow travellers gebracht zu werden. Übrigens nahm der "spätestens seit Herbst 1966" "innerhalb der westdeutschen Linken auf Grundlage konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro" (Staat in FAZ vom 20.5.1998) agierende Professor Abendroth - anders als der Vorstand des SDS 1965 - an meiner Zugehörigkeit zu einer farbentragenden Verbindung keinen Anstoß. Er folgte sogar einer Einladung aufs Verbindungshaus, um einen Vortrag über Korporationen in der Weimarer Republik zu halten. Da die SPD ihn gerade ausgeschlossen hatte, boten sich ihm allerdings auch nicht mehr so viele Möglichkeiten der Unterwanderung.

Als ich dann noch im gleichen Jahr den Vizepräsidenten des Internationalen Pen-Clubs, Robert Neumann, nach Marburg ins Audi Max im Landgrafenhaus einlud, war der Weg des ferngesteuerten Aktivisten der Studentenbewegung vorgezeichnet. Die Anschrift von Robert Neumann hatte ich von der von Kommunisten unterwanderten Studenten-Zeitschrift KONKRET erhalten, in der später Robert Neumann dann auch die Dokumente aus dem Osten gegen den KZ-Baumeister Lübke abdruckte und kommentierte.

Wie aufmerksam die Umtriebe des Vizepräsidenten des internationalen PEN-Clubs, Robert Neumann, mit Wohnsitz in der neutralen Schweiz, von den wahren Schützern unserer Verfassung beobachtet wurde, erhellt eine kleine Anekdote, die Robert Neumann in seinem Tagebuchroman aus dem Jahre 1964 mit dem ernstgemeinten Titel "Vielleicht das Heitere" festgehalten hat: "Vom Hotelchen in Marburg hatten wir nach allen Richtungen hin telefoniert und auch mit ein paar Besuchern in der Lobby gesprochen - alles zum Thema Ostdeutschland. Als wir dann von Abendroths Institut ins Hotel zurückkamen, war keines der Ostberliner Dokumente, kein Blatt der Korrespondenz zu finden. Wir durchsuchten das Zimmer. Nichts. Auch der Portier wußte von nichts. - Vierzehn Tage später, schon in Locarno, bekamen wir ein Päckchen aus Köln, von einem Herrn mit unleserlicher Unterschrift. Er habe unlängst eine Nacht in einem Hotel in Marburg verbracht und diese Briefschaften da im Papierkorb gefunden, vielleicht brauchten wir die, er schicke sie hier zurück. - Man sage nichts gegen die Kölner." (S.264) Ende des Zitats. Wo ich gerade über sprechende Ortsnamen wie Köln rede: auch aus Oberursel kamen gelegentlich interessierte US-Amerikaner und trugen sich in die Anwesenheitsliste des Marburger Forum ein. (Anm.: Köln ist der Sitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Oberursel ein CIA-Quartier in der Bundesrepublik) Wenn diesem "großen deutschen Schriftsteller, der die britische Staatsbürgerschaft

besaß und weit vom Zugriffsbereich von BND und Verfassungsschutz in Locarno lebte” (Wolfgang Abendroth in KONKRET 2/1975) dergleichen widerfuhr, sollte da wirklich das Haupt der “Kaderschmiede” marxistischen Denkens in Marburg und seine Elèven, sofern sie sich um den SDS sammelten, von derlei Unterwanderungen verschont geblieben sein. Als Abendroth noch 1977 im DDR-Handbuch zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft unter der Rubrik „progressive bürgerliche Geschichtsschreiber“ aufgelistet wurde, konnte man sich noch darüber aufregen. Heute weiß ich: Auch dies war Schonung und Tarnung und nicht etwa engstirnigster Dogmatismus.

Interessanterweise nahmen die Kommunisten und die von ihnen ferngesteuerten Agenten wie Wolfgang Abendroth, Heinz Maus, Harry Pross, Hans Conzelmann und Kurt Lenk auch keinen Anstoß daran, daß ich die Frage nach den Ursachen und Folgen des Faschismus für die Bundesrepublik vom Boden einer studentischen Korporation aus in die Öffentlichkeit trug. Jedenfalls nicht, solange dort noch Wirkungsmöglichkeiten für die Entfaltung der Weltrevolution bestanden.

Es war klar, daß bei all diesen Etappen Überzeugungen und der Mut, zu seinen politisch gewonnenen Einsichten auch öffentlich einzustehen, keine Rolle spielten. Die West-Arbeit der Kader an der Universität Leipzig trug Früchte und bald gab es auch offizielle Kontakte und Verbindungen zwischen Robert Neumann und dem Schriftstellerverband der DDR. Der Mauerbau machte zwar zunächst einen Strich durch die Rechnung. Aber nach anfänglichen Schwierigkeiten entstand der Dialog mit der Humboldt-Universität. Noch bevor die Zeitung, hinter der immer ein kluger Kopf steht, berichtete, mein Doktorvater Wolfgang Abendroth handele ab 1967 entsprechend den Direktiven des Polit-Büros der SED, ließ er in seinem Oberseminar 1962 die DDR-Vertreter ohne Gänsefüßchen Heinz Kamnitzer, Wilhelm Girnus, Wieland Herzfeld und Johannes Dieckmann im O-Ton zu Wort kommen. Als dann die Tonbänder des West-Ost-Dialogs und der Operation “Mauerdurchlöcherung”, wie die ZEIT ebenso irreführend wie hilfreich titelte, 1964 im überfüllten Marburger Audi Max in der Biegenstraße vorgeführt wurden, gab es zum Ärger von Ernst Nolte und der FAZ mehr Beifall als Zischen.

Übrigens setzte Wolfgang Abendroth mich auch in Verbindung mit dem kommunistischen Christen Erwin Eckert, der, wie der außenpolitische Ausschuß des US-amerikanischen Repräsentantenhauses in bewährt sachlicher Manier 1947 aufgelistet hatte - man denke nur an die akribischen Untersuchungen des Ausschusses für un-amerikanische Umtriebe unter Senator McCarthy - zu den “506 nicht-russischen Kommunistenführern Europas und des

Orients" gehörte. Im Leitwort werden die Registrierten (unter ihnen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Mao Tse-Tungs, Ho Chi Minh sowie aus den Westzonen Kurt Müller, Max Reimann, Walter Fisch und Ernst Buschmann) als "professionelle Revolutionäre" bezeichnet, "denen Lenin die Fackel der Weltrevolution übergeben habe".** Muß da nicht eine Gänsehaut über unsere Rücken laufen? Ist damit nicht alles gesagt? Im langjährigen Kontakt mit Eckert konnte ich so nach der akademischen Weihe der Promotion im öffentlichen Dienst außerhalb der Universität unter dem Deckmantel des abendländischen Protestantismus kommunistisches Gedankengut verbreiten helfen. Ein hervorragender Schutz gegen allzu lästige Überprüfungen.

Die Mitte der 60er Jahre sich breiter entwickelnde Studentenbewegung scheute von Anbeginn an nicht den Kontakt mit Kommunisten. Das war so im Marburger Club Voltaire bei Treffen mit Peter Gingold und Manfred Kapluck. Und das war so bei der Gründung der ASO [Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition] in Marburg. Wir scheuten uns im "Rechtsstaat Bundesrepublik" nicht, mit den in die Illegalität gedrängten Marburger Kommunisten, Hans Gebhardt und Jupp Dörrich zusammenzuarbeiten.

Wo man hinguckt: beim Ostermarsch, bei den Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, beim Kampf gegen die Notstandsgesetze, später beim Kampf gegen die Berufsverbote: überall waren die Kommunisten dabei. Und da wollen wir uns einbilden, wir seien von Ihnen nicht unterwandert, infiltriert, ferngesteuert worden? So als hätten wir unsere eigenen Überzeugungen gehabt? Die Aufopferung und Selbstverleugnung der Kommunisten in der Friedensbewegung ging soweit, daß man sie als Kommunisten gar nicht mehr wahrnahm.

Und war es in der Friedensbewegung etwa anders? Muß nach dem krausen Artikel in der FAZ dem Marburger Oberbürgermeister Hanno Drechsler nicht recht gegeben werden, wenn er das Marburger Forum von Anfang an als "Mogelpackung", sprich als Fortsetzung der DKP mit anderen Kostümen bezeichnete? Kann man an der "Friedensliste", die ich zusammen mit Lorenz Knorr und Manfred Coppik initiierte, nicht sehen, was da für ein falsches Spiel getrieben wurde? Usw. usw.

** SPIEGEL Nr. 22 vom 29. Mai 1948, S. 1 und SPIEGEL Nr. 26 vom 22. Juni 1949, S.9

Wenn ich als „Alt-68er“ heute diese Beichte auf einer Veranstaltung der PDS ablege und trotzdem zur Wahl der PDS aufrufe, dann tue ich dies, entgegen aller Notwendigkeit, meine Fernsteuerung durch Kommunisten zu tarnen, gerade auch in bewußter Anlehnung an das, was in der *jungen Welt*, in der *UZ*, in den *Marxistischen Blättern* und in den *Weißenseer Blättern* verbreitet wird.

Im Ernst: Meine Befürwortung der Wahl der PDS ist mit der Kritik verbunden, daß der „Darling“ der bürgerlichen Talk-Shows und begnadeter Redner auf den Tribünen des Parlamentes und der öffentlichen Versammlung, Gregor Gysi, seinen Entschuldigungsbrief an den ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker besser unterlassen hätte. August Bebel, den Gregor Gysi am Montag auf dem Marktplatz in Marburg noch für die PDS ins Feld führte, hätte sich mit Sicherheit nicht bei Wilhelm II. oder anderen Repräsentanten des deutschen Imperialismus für Fehler der Sozialdemokratie entschuldigt. Um nicht mißverstanden zu werden: Über Fehler muß geredet und diskutiert werden - nur der Papst hält sich für unfehlbar.

Aber ist der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der seinen Vater im Nürnberger Kriegsverbrechertribunal verteidigte, der richtige Adressat, um sich bei ihm für Fehler zu entschuldigen?

Etwas ganz anderes wäre es gewesen, wenn der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker und andere Repräsentanten der alten Bundesrepublik im Gegenzug zu der Anfrage an die PDS nach dem Unrecht gefragt worden wären, das in ihrem Namen oder mit ihrer Duldung nach 1945 in den Westzonen bzw. der BRD begangen wurde. Jedenfalls so zu tun, als ob der Kalte Krieg eine höchst einseitige Veranstaltung gewesen wäre, ist mehr als unredlich.

In Anlehnung an die Anzeige der FR vom 7.9.1998, in der 140 Kulturschaffende, Wissenschaftler, Theologen, Ärzte, Juristen und Pädagogen zur Wahl Gysis, dessen Einzug in den Bundestag wohl die sicherste Bank der PDS ist, aufrufen, lautet meine unverbesserliche Schlußfolgerung in der gegenwärtigen Situation: Demokratie braucht Opposition - Opposition braucht Gysi und Gysi braucht Opposition. Aber darüber reden wir nach dem 27. September ausführlicher.

Heute nur soviel: Es ist zu hoffen, daß die mitten im Bundestagswahlkampf 1998 von Teilen der PDS-Führung mutwillig vom Zaune gebrochene Programmdiskussion nicht hinter die Positionen des „Ahlener Programms“ der CDU von 1947 und ihrer Zustimmung zum Artikel der NRW-Verfassung vom 6. Juni 1950 - wohlgermerkt *nach* der Verabschiedung des Grundgesetzes von 1949 und anders als das Grundgesetz der BRD durch Volksentscheid in

NRW mehrheitlich bekräftigt - zurückfällt, in der es in Artikel 27 hieß: "Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum übergeführt werden." Was die Parlamentarier, ohne Volksbefragung, inzwischen aus der NRW-Verfassung gestrichen haben, ist immer noch geltendes Verfassungsrecht des Landes Hessen.

Muß wirklich an die bittere Lehre aus dem "Ahlemer Programm" der CDU erinnert werden: "Die Zeit vor 1933 hat große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. ... Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar... Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht."

Für wie blöd hält Herr Kraushaar die westdeutsche Linke in der alten Bundesrepublik? Glaubt er wirklich, sie seien nicht fähig gewesen, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen und eigenständige Schlußfolgerungen aus der kritischen Analyse der bundesdeutschen Realität zu ziehen? Zu derlei Umdeutungen ist folgendes zu sagen:

Die bundesdeutsche Realität und die Antwort der westdeutschen Linken wird verkleistert. Der westdeutschen Linken wird eigenständiges Denken und Handeln abgesprochen. Sie wird diskreditiert. Die 68er Bewegung wird in Bausch und Bogen entwertet. Die Ursachen für den Protest werden geleugnet. Linke Alternativen zur gegenwärtig bestehenden Gesellschaft und ihrer sozialen und politischen Machtverteilung werden ausgeschlossen. Eine der Botschaften der FAZ jedenfalls lautet: Laßt Euch nicht mit der "kommunistischen PDS" ein. Ihr wißt ja, wohin das führt. Und daß die PDS eine kommunistische Partei sei, ist für die Herren Hintze, Waigel und Co. eine ausgemachte Sache, was zu bezweifeln schon verdächtig macht. Was den Kommunismus in der PDS ausmacht, so frage man Sahra Wagenknecht, was den Marxismus in der PDS ausmacht, so frage man Uwe-Jens Heuer, was den Antiimperialismus in der PDS ausmacht, so frage man beispielsweise Winfried Wolf.

Nach dem Anschluß der DDR an die BRD geht es keineswegs mehr nur um die Frage Zerstörung oder Aufrechterhaltung von Biographien und persönlichen Identitäten im Osten, sondern wie die gegenwärtigen und sicher noch keineswegs beendeten Versuche zeigen, auch um die Identität der westdeutschen Linken. Es wird so getan, als ob Kommunisten die einzigen wären, die sich um Einflußnahme auf die Bevölkerung bemühten. Das heute hier vorgestellte Buch "Es wechseln die Zeiten" ist der Versuch, diesem Trend durch

ein authentisches Beispiel eines einfachen Mitglieds der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik entgegenzuwirken.

Was den bestenfalls gewendeten Wolfgang Kraushaar mit seinen skrupellosen Umdeutungen und Geschichtsfälschungen betrifft, wenn er nicht von Anfang an ein Vertreter des kleinbürgerlichen Revolutionarismus in der Studentenbewegung gewesen ist, so wird mir speiübel. Daß er es für Geld tun könnte, fällt mir immer noch schwer zu glauben, auch wenn die FAZ pro Zeile DM 5.-löhnt (Zum Vergleich: In der jw gibt es dafür notfalls DM 0.60).

Die haltlosen, tatsachen- und wahrheitswidrigen Behauptungen etwa hinsichtlich der Rolle von Wolfgang Abendroth in der demokratischen Bewegung der alten Bundesrepublik sind kürzlich von Frank Deppe und Georg Fülberth als unmittelbare Zeitzeugen und zusätzlich durch Einblick in die entsprechenden Akten - eindeutig widerlegt worden.^{***}

Die individuelle Charakterlosigkeit eines Wolfgang Kraushaar ist aber nur Symptom eines Prozesses, der durch die Niederlage der DDR eingeleitet wurde und dessen Tendenzen im Interesse von Demokratie und sozialem Fortschritt unbedingt aufzuhalten sind. Eine Möglichkeit dazu ist die Wahl der PDS und die kritische Begleitung ihrer Entwicklung durch Ausschöpfung der uns zur Verfügung stehenden Mittel demokratischen Handelns, wobei ich hoffe, daß auch die kritischen Stimmen außerhalb der PDS wahrgenommen werden. Eine PDS-Fraktion im Bundestag wird nur begrenzt wirken können, wenn sich außerhalb des Parlamentes nichts bewegt.

Nachtrag: Am 15. Dezember 1998 erschien eine weitere Fortsetzung der romanhaften Darstellung der Unterwanderung des SDS. Überschrift: "Die Gnade der westdeutschen Geburt". Der Artikel spricht davon, daß es eine "Schieflage" gebe, solange nicht alle Unterlagen der Stasi in der Gauck-Behörde und in den USA aufgedeckt seien. Ob sich dieser Knabe schon einmal darüber Gedanken gemacht hat, daß die "Schieflage" dadurch entsteht, daß die Unterlagen von BND und des BfV nicht zugänglich sind, nicht einmal

^{***} Siehe hierzu auch das Heft SOZIALISMUS 7/8-98. Zur Diskussion um Wolfgang Abendroth, Leserbrief an die FAZ von Frank Deppe, S. 17f., sowie Interview von Richard Detje mit Frank Deppe, Die "Methode Gauck", S.19-21 und der Bericht in der "Oberhessischen Presse" vom 16. Mai 1998: „In jeder Kneipe war von dem Projekt zu hören“. Neuerdings siehe Leserbrief von Frank Deppe an den „Freitag“ vom 9. Februar 2001, S. 12 „Denunziatorische Lügen“.

für wissenschaftliche Zwecke bei längst durch die bundesdeutsche politische Strafjustiz verurteilten und verstorbenen Beobachtungsobjekten. Das wäre doch mal was Neues: zu wissen, wer in all den Jahren in meinem Lebensumkreis Informant des BfV und des BND gewesen ist. Fazit: Im Westen Nichts Neues. Hier sind die Hüter der Verfassung, die schon 1949 dafür sorgten, daß ehemalige Nazis gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes wieder Beschäftigung im öffentlichen Dienst fanden und dort die Unterwanderer des "Unrechtsstaates". Drüben sind die Dunkelmänner und hier sind die Weißwäscher. Lassen wir uns beim Unterwandern nicht irritieren.

Es ist zu hoffen, daß die mitten im Bundestagswahlkampf 1998 von Teilen der PDS-Führung mutwillig vom Zaune gebrochene Programmdiskussion nicht hinter die Positionen des "Ahlemer Programms" der CDU von 1947 und ihrer Zustimmung zum Artikel der NRW-Verfassung vom 6. Juni 1950 - wohlgermerkt *nach* der Verabschiedung des Grundgesetzes von 1949 und anders als das Grundgesetz der BRD durch Volksentscheid in NRW mehrheitlich bekräftigt - zurückfällt, in der es in Artikel 27 hieß: "Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum übergeführt werden." Was die Parlamentarier, ohne Volksbefragung, inzwischen aus der NRW-Verfassung gestrichen haben, ist immer noch geltendes Verfassungsrecht des Landes Hessen.

Muß wirklich an die bittere Lehre aus dem "Ahlemer Programm" der CDU erinnert werden: "Die Zeit vor 1933 hat große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. ... Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar... Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht."